



AfD Kreisverband Ludwigsburg

## Moscheebau in Kornwestheim stößt auch auf Kritik

**Am Donnerstag, 14.06.2018, lud die Stadtverwaltung Kornwestheim zu einer Informationsveranstaltung anlässlich des geplanten Moscheeneubaus des Türkisch Islamischen Kulturvereins e.V. (Ayasofya-Gemeinde) an der Sigel Straße nahe Stammheim ins Rathaus ein.**

Oberbürgermeisterin Ursula Keck leitete die Veranstaltung. Baubürgermeister Daniel Gütler erläuterte Anfangs die städtebaulichen Gegebenheiten, während Recep Aydin vom Türkisch-Islamischen Verein die Geschichte seines Vereins beleuchtete. Auch durch die gezeigten Bilder nahm er die Bürger mit hinein in die Welt des Vereins und der jetzigen Örtlichkeit, der ehemaligen Lehrwerkstatt der Bahn. Er bemühte sich zu betonen, dass sein Verein für ein friedliches Miteinander stehe, dass alle in der Moschee herzlich willkommen seien und dass er und die Mitglieder bestens in Kornwestheim integriert seien.

Sedat Yilbirt, der Architekt der Moschee, stellte im Anschluss den geplanten Bau und die jeweiligen Gebäudefunktionen vor.

Nach den Ausführungen der Redner konnten Fragen gestellt werden. Etliche Bürger meldeten sich zu Wort wobei auch kritische Wortbeiträge bzw. Fragen die Gemüter erhitzen. Während Moscheebaubefürworter lange Monologe führen konnten, war dies bei den Moscheebaukritikern nicht möglich. Die Oberbürgermeisterin entzog einem kritischen Fragesteller das Wort, anstatt Recep Aydin vom Türkisch-Islamischen Verein aufzufordern zur gestellten Frage tatsächlich Stellung zu beziehen. Eine neutrale Veranstaltungsleitung war dies sicher nicht.

### Aufklärung durch den Faktenfinder

- Baubürgermeister Gütler nannte den Moscheeneubau ein kirchliches Gebäude.

**Fakt ist:** Ein Kirchengebäude ist ein von einer christlichen Glaubensgemeinschaft zum Gebet und zum Gottesdienst genutztes Bauwerk. Eine Moschee ist ein Sakralbau, aber kein kirchliches Gebäude.

- Ein Bürger wies auf die gewalttätigen und zum Mord an Nichtmoslems aufrufenden Koranverse hin. Die Reaktion von Hr. Aydin war nur Beschwichtigung. Ein anderer Bürger wies darauf hin, dass das Alte Testament der Bibel auch gewalttätig sei. Manche Zuhörer, die der islamischen Gemeinde zuzuordnen waren argumentierten damit, dass Christen ja auch schon viele Menschen umgebracht hätten.

**Fakt ist:** Der Koran darf von einem Moslem nicht kritisiert werden. So sagte Aydin wörtlich: „Ich habe den Koran nicht geschrieben, daher kann ich ihn auch nicht kritisieren“.

Der Koran ist von einem Moslem zu befolgen. Auch die Koranverse, die dazu auffordern z.B. **keine Ungläubigen zu Freunden zu nehmen** und die sog. **Ungläubigen gar zu töten**. Ein Blick



## AfD Kreisverband Ludwigsburg

in die arabische bzw. muslimische Welt – inklusive der Türkei - genügt um zu sehen, dass es dort zu **Ausgrenzung, Verfolgung und Morden** an den sog. Ungläubigen kommt.

Das Alte Testament ist Teil der Bibel. Wer meint, dass das Alte Testament analog dem Koran auch heute zu Gewalt oder gar Mord aufrufen würde, muss wissen, dass für Christen das Doppelgebot der Liebe im neuen Testament maßgeblich ist (Jesus: „Liebe deinen Nächsten wie dich selbst“). Jesus Christus war ohne Fehler und hat Liebe gepredigt und gelebt. Zur Ausbreitung des Islams hat Mohamed Kriege geführt.

Dass sogenannte „Christen“ in den Kreuzzügen wüteten und mordeten ist Fakt. Es ist aber nicht legitim, wenn Moslems versuchen, damit die heutigen islamischen Gräueltaten und Morde zu relativieren. Das Ausmaß der Christenverfolgung heute, die nachweislich hauptsächlich durch Moslems verursacht wird, ist so groß wie nie zuvor. Dies steht im direkten Zusammenhang mit den Aufrufen und Geboten des Korans und seinen sog. „Heiligen Schriften“!

- Es gab den Hinweis eines Fragestellers, dass die Türkisch-Islamische Ayasofya-Gemeinde eine Ditib Gemeinde ist und somit direkt der Religionsbehörde des Machthabers Erdoğan unterstellt ist. Auf die Frage, ob der Kornwestheimer Islamverein künftig aus dem Ditib-Verband austreten will, wurde von Recep Aydin entgegnet, dass ein Austritt aus Ditib von einer Mehrheit der Vereinsmitglieder abgelehnt würde. Eine Distanzierung zu Ditib fand genauso wenig statt, wie eine Distanzierung zum türkischen Präsidenten Erdoğan. Stattdessen beschwichtigte Aydin die Zuhörer, dass er nur für seine Gemeinde verantwortlich sei und dass bei ihnen alles gut sei.

**Fakt ist:** Die Türkisch-Islamische Ayasofya-Gemeinde hat gar kein Interesse sich von Ditib zu distanzieren oder gar dort auszusteigen, denn die Ditib schickt der Gemeinde kostenlos den Imam direkt aus der Türkei. Der wiederum predigt im Sinne des Gewaltherrschers Erdoğan und seiner fundamentalistisch-islamischen AKP, denn Ditib ist die Religionsbehörde von Erdoğan. Es darf davon ausgegangen werden, dass dann genau das umgesetzt wird, was Erdoğan bereits 1998 sagte: „Die Moscheen sind unsere Kasernen, die Minarette unsere Bajonette, die Kuppeln unsere Helme und die Gläubigen unsere Soldaten“.

Auch wenn Aydin bemüht ist zu betonen, dass die Gemeinde auch einen in Deutschland ausgebildeten deutschsprechenden Imam nehmen würde, wird dies erst dann möglich sein, wenn es einen solchen überhaupt erst gäbe. Bis dahin wird weiter auf Türkisch gepredigt. Ein deutscher Besucher würde also kein Wort verstehen.

- Gefragt wurde, ob Ditib vom Verfassungsschutz untersucht würde. Dass dies nicht der Fall sei hat sich die Stadt Kornwestheim nach Auskunft des Baubürgermeisters 2015 bestätigen lassen.

**Fakt ist:** Es mag zwar im Jahr 2015 keine offiziellen staatlichen Untersuchungen in Deutschland gegen die Ditib gegeben haben. Fakt ist aber, dass in Österreich genau solche Moscheen aktuell geschlossen und die Imame des Landes verwiesen werden. Das sollte der Stadtverwaltung und dem Gemeinderat zu denken geben. Vor allem, wenn der Baubürgermeister sich auf eine Anfrage aus dem Jahr 2015 stützt.



## AfD Kreisverband Ludwigsburg

(Quelle: [https://www.focus.de/politik/deutschland/debatte-um-ditib-und-atib-oesterreich-schliesst-moscheen-und-weist-imame-aus-deutschland-reagiert-anders\\_id\\_9098621.html](https://www.focus.de/politik/deutschland/debatte-um-ditib-und-atib-oesterreich-schliesst-moscheen-und-weist-imame-aus-deutschland-reagiert-anders_id_9098621.html))

- Die Kosten für das Bauprojekt werden mit 3 Millionen Euro angegeben. 1 Million Euro wären bereits vorhanden. Mindestens 2 Millionen Euro sind demnach noch zu finanzieren. Die Gemeinde betont, dass alleine die Mitglieder diese Kosten tragen würden. Die jetzigen monatlichen freiwilligen Mitgliedsbeiträge belaufen sich nach Angaben des Vereins auf 18.000 € / Monat.

**Fakt ist:** Es handelt sich um eine Ditib Moschee. Es darf also davon ausgegangen werden, dass direkt oder indirekt bereits der ein oder andere große Geldbetrag vom türkischen Ditib-Verband in die Baufinanzierung geflossen ist oder noch einfließen wird. Doch dann gilt das Gleiche wie bei den bezahlten türkischen Ditib-Imamen. Wer bezahlt, der hat das Sagen!

- Aydin betont oft, wie gut er und alle Gemeindemitglieder in Kornwestheim integriert seien und dass es gute Kontakte auch zu den christlichen Gemeinden und anderen Vereinen gibt.

**Fakt ist:** Es bestehen Kontakte zu Vereinen und zu den christlichen Gemeinden (z. B. Frauenfrühstück), doch wer bei der Informationsveranstaltung war konnte erleben, dass hier zwei Welten aufeinander prallten. Einerseits die deutsche Bevölkerung und andererseits die Bevölkerung türkischer Abstammung. Diese lebt zum Teil seit Ihrer Kindheit hier, will aber strikt an den **türkischen Sitten** festhalten, anstatt sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren. Genannt sei hier das Kopftuch, das fast alle Frauen tragen, lange oft schwarze Gewänder der Frauen oder die strikte Trennung von Männern und Frauen in der geplanten Moschee. Diese Trennung, z. B. bei Gebeten, wurde von Aydin damit begründet, dass ein Mann nicht hinter einer Frau mit Minirock beten darf, da das islamische Gebet auch ein körperliches Gebet sei. Dies, so Aydin, würde **in anderen islamischen Ländern** auch so gehandhabt. Dass in der Moschee bisher schon, aber auch in Zukunft auf Türkisch und nicht auf Deutsch gepredigt wird, ist alles andere, aber mit Sicherheit **kein Beweis für gelungene Integration in Deutschland**.

- Auf die Frage, warum eine Moschee zwingend ein Minarett benötige antwortete Aydin unter anderem, dass in jedem islamischen Land eine Moschee mit Minarett gebaut wird.

**Fakt ist:** Deutschland ist kein islamisches Land und ein Minarett ist ein Herrschaftszeichen des Islams. Es handelt sich hierbei um religiösen Imperialismus.

## Kritiker sind unerwünscht!

Man sollte annehmen, dass es in einer Demokratie möglich ist auch Flyer zu seinem Standpunkt zu verteilen. Uns wurde jedoch berichtet, dass der Bürgerbewegung Pax Europa verwehrt wurde, am Eingang vor dem Rathaus Informations-Flyer bezüglich Ditib und des Moscheebaus zu verteilen. Sie wich daher auf den Gehweg aus.



## AfD Kreisverband Ludwigsburg

Man sollte auch annehmen, dass eine Oberbürgermeisterin sich den Bürgern gegenüber neutral verhält und Befürworter und Gegner gleichermaßen zu Wort kommen lässt. Tatsächlich aber hat sich Frau Keck zur Anwältin des Türkisch Islamischen Kulturvereins e.V. gemacht. Kritikern die nachhakten, weil sie von Aydin keine Antwort bekamen, wurde einfach das Wort entzogen, anstatt Herrn Aydin anzuhalten die Fragen zu beantworten.

Eine Bürgerinformation mit lang vorher angekündigter Fragemöglichkeit wird zur Farce, wenn die relevanten Sachfragen hierzu einfach nicht beantwortet werden. Wie zutreffend die Behauptung ist, dass der Türkisch Islamische Kulturverein e.V. in Kornwestheim nichts mit Ditib in Köln und der AKP von Herrn Erdoğan zu tun hat, bleibt offen.

## Abschließende Bewertung

In Deutschland gibt es eine vom Grundgesetz garantierte Religionsfreiheit. Staat und Kirche sind voneinander getrennt. Das ist ein hohes Gut und soll so bleiben. Jeder darf in Deutschland seiner Religion nachgehen, solange er nicht gegen unser Grundgesetz verstößt.

**Die AfD ist der Meinung, dass der von Ditib geförderte politische Islam nicht mit dem Grundgesetz vereinbar ist, denn wo der Koran und die Scharia praktiziert werden, gibt es keine Trennung von Staat und Religion, keine Gleichberechtigung von Mann und Frau, keine Religionsfreiheit für Nicht-Muslime.**

**Einige gut integrierte türkische Mitbürger aus Kornwestheim, die natürlich nicht genannt werden wollen, wollen mit dieser Moschee nichts zu tun haben. Gar nichts!** Sie haben sich selbst davon überzeugt, dass es in der bereits bestehenden Ayasofya-Moschee hauptsächlich um Politik geht. Das beginnt bereits beim Islamunterricht für Kinder.

Der Kornwestheimer Baubürgermeister betonte, dass die neue Moschee weder vom Kornwestheimer noch vom Stammheimer Wohngebiet aus sichtbar wäre. **Was er jedoch nicht sagt ist, dass der Moscheebau den bereits schon jetzt vorhandenen türkischen politischen Islam und die türkische Parallelgesellschaft in der Region weiter befördern wird.** Schon jetzt wird mit Mitgliederzuwächsen in der Moschee gerechnet.

Wie viele Kornwestheimer auch, so möchte die AfD diesen **von der Türkei gesteuerten politischen Islam** nicht in Kornwestheim haben.

**Der Kornwestheimer Gemeinderat wird aufgerufen seiner Verantwortung für die Kornwestheimer Bürger gerecht zu werden und den geplanten Ditib-Moscheeumbau nicht zu genehmigt.**

Die Entscheidung der jeweiligen Stadträte in dieser Sache wird sicherlich von vielen Kornwestheimer Bürgern mit großem Interesse verfolgt und bei den Anfang 2019 stattfindenden Gemeinderatswahlen berücksichtigt werden.



AfD Kreisverband Ludwigsburg

## Und so soll es weitergehen

Nach Auskunft von Baubürgermeister Daniel GÜthler finden die Beratungen und eine Abstimmung über den Bebauungsplan in **öffentlichen Gemeinderatssitzungen** eventuell am **10.07.2018** und am **12.07.2018** statt. Gegebenenfalls aber auch erst im September. Eine Genehmigung könnte laut GÜthler jetzt relativ schnell erteilt werden, da eine Umwidmung des ehemaligen Bahngeländes bereits erfolgte und damit das offizielle Planungsverfahren seit 2018 möglich sei.

## Aus dem Bundestagswahlprogramm (2017) der Alternative für Deutschland

### DER ISLAM IM KONFLIKT MIT DER FREIHEITLICH-DEMOKRATISCHEN GRUNDORDNUNG

Der Islam gehört nicht zu Deutschland. In der Ausbreitung des Islam und der Präsenz von über 5 Millionen Muslimen, deren Zahl ständig wächst, sieht die AfD eine große Gefahr für unseren Staat, unsere Gesellschaft und unsere Werteordnung. Altkanzler Schmidt hat in seiner politischen Bilanz diesen Umstand richtig erkannt und bereits 2008 formuliert: „Wer die Zahlen der Muslime in Deutschland erhöhen will, nimmt eine zunehmende Gefährdung unseres inneren Friedens in Kauf.“

Ein Islam, der unsere Rechtsordnung nicht respektiert oder sogar bekämpft und einen Herrschaftsanspruch als alleingültige Religion erhebt, ist mit der freiheitlich-demokratischen Grundordnung Deutschlands nicht vereinbar.

Viele Muslime leben rechtstreu (und integriert) und sind geschätzte Mitglieder unserer Gesellschaft. Die AfD will jedoch verhindern, dass sich abgeschottete islamische Parallelgesellschaften weiter ausbreiten, in welchen muslimische „Friedensrichter“ Rechtsvorschriften der Scharia anwenden und das staatliche Monopol der Strafverfolgung und Rechtsprechung unterlaufen.

Die AfD erkennt uneingeschränkt die Glaubens-, Gewissens- und Bekenntnisfreiheit an. Sie fordert jedoch, der Religionsausübung (gemäß Art. 140 GG i.V.m. Art. 136 Abs. 1 Weimarer Verfassung) Schranken zu setzen durch staatliche Gesetze, die Menschenrechte und unsere Werte. Staatliches Recht steht im säkularen Staat über religiösen Geboten und Traditionen. Islamkritik, auch religiöse Satire (und Karikaturen), sind im Rahmen der allgemeinen Gesetze rechtmäßig. Sie sind Ausfluss des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und der Kunstfreiheit.

Einer Diffamierung rationaler Religionskritik als „Islamophobie“ oder „Rassismus“ tritt die AfD entgegen. Wir fordern jedermann dazu auf, solche Polemik durch intellektuellen Diskurs zu ersetzen.



## **AfD Kreisverband Ludwigsburg**

Verfassungsfeindlichen Vereinen, die nach Art. 9 Abs. 2 Grundgesetz zu verbieten sind, ist der Bau und Betrieb von Moscheen wegen der konkreten Gefahr zu untersagen, dass Imame dort Lehren verbreiten, die zu einer gegen unsere Rechtsordnung gerichteten politisch-religiösen Radikalisierung von Muslimen beitragen.

Wir wollen verhindern, dass sich Muslime bis zum gewaltbereiten Salafismus und Terror radikalieren. Auch die Finanzierung des Baus und Betriebs von Moscheen durch islamische Staaten oder ausländische Geldgeber bzw. deren Mittelsmänner soll unterbunden werden.

Islamische Staaten wollen durch den Bau und Betrieb von Moscheen den Islam in Deutschland verbreiten und ihre Macht vergrößern. Sie führen und unterstützen einen Kulturkrieg. So ist die Abhängigkeit der rund 900 Ditib-Moscheen und ihrer Imame vom staatlichen „Amt für Religiöse Angelegenheiten“ der Türkei (Diyamet) nicht hinnehmbar. Über die Ditib übt die autoritäre Türkei starken Einfluss auf viele in Deutschland lebende Bürger türkischer Herkunft aus. Sie behindert dadurch deren Anpassung an unsere Gesellschaft und gefährdet die Loyalität zu unserem Staat.

Das Minarett lehnt die AfD als islamisches Herrschaftszeichen ebenso ab wie den Muezzin-Ruf, nach dem es außer dem islamischen Allah keinen Gott gibt. Es handelt sich hierbei um religiösen Imperialismus.

Minarett und Muezzin-Ruf stehen im Widerspruch zu einem toleranten Nebeneinander der Religionen, das die christlichen Kirchen, jüdischen Gemeinden und andere religiöse Gemeinschaften in der Moderne praktizieren.

Imame müssen sich vorbehaltlos zu unserem Grundgesetz bekennen. Die Predigten in Moscheen in Deutschland sollen in deutscher Sprache gehalten werden. Imame, die gegen das Grundgesetz agitieren, erhalten ein Predigtverbot und werden bei Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen abgeschoben.

Die islamtheologischen Lehrstühle an deutschen Universitäten sind abzuschaffen und die Stellen der bekenntnisneutralen Islamwissenschaft zu übertragen.

Die AfD lehnt es ab, islamischen Organisationen den Status einer Körperschaft des öffentlichen Rechts zu verleihen, weil sie die rechtlichen Voraussetzungen – eine ausreichende Repräsentanz, die Gewähr der Dauer und die Achtung des freiheitlichen Staatskirchenrechts – nicht erfüllen. Die Anerkennung der Religionsfreiheit, der weltanschaulichen Neutralität des Staates und der Gleichwertigkeit der Religionen, welche das Staatskirchenrecht verlangt, sind dem Islam fremd.

Die AfD fordert ein allgemeines Verbot der Vollverschleierung in der Öffentlichkeit und im



## AfD Kreisverband Ludwigsburg

öffentlichen Dienst. Burka und Niqab errichten durch die Gesichtsverhüllung eine Barriere zwischen der Trägerin und ihrer Umwelt und erschweren damit das Zusammenleben in der Gesellschaft. Ein Verbot ist nach einem Urteil des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2014 auch rechtmäßig.

Im öffentlichen Dienst soll kein Kopftuch getragen werden, in Bildungseinrichtungen weder von Lehrerinnen noch von Schülerinnen in Anlehnung an das französische Modell.

Der im Grundgesetz garantierten Gleichberechtigung von Frauen und Männern sowie der freien Entfaltung der Persönlichkeit widerspricht das Kopftuch als religiös-politisches Zeichen der Unterordnung von Muslimas unter den Mann. Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts von 2015, nach dem ein generelles Kopftuchverbot für muslimische Lehrerinnen verfassungswidrig sei, betrachtet die AfD als ein Hindernis für eine erfolgreiche Integrationspolitik.

Die AfD verlangt, eine standesamtliche Eheschließung (vor jeder religiösen Trauung) rechtlich wieder für verbindlich zu erklären. Religiöse Trauungen können diese staatsrechtliche Voraussetzung zur Anerkennung einer Ehe nicht ersetzen.

Das Verbot der religiösen Voraustrauung, etwa durch Imame, soll wieder in Kraft gesetzt und die Streichung der §§ 67 und 67a im Personenstandsgesetz von 2009 rückgängig gemacht werden. Nur so können wir der Imam-Ehe entgegenwirken, die unter Umgehung der standesamtlichen Trauung und oftmals unter Zwang die Polygamie, Kinderehe und Verwandtenehe ermöglicht. Im Ausland geschlossene Ehen gemäß dem Familienrecht der Scharia, die gegen unsere Gesetze und unsere Moralvorstellungen verstoßen, sollen in Deutschland rechtlich nicht anerkannt werden.

## Weitere Informationen zum Moscheebau in der Presse

Folgende Presseartikel wurden im Internet zum Thema Kornwestheimer Moscheebauprojekt veröffentlicht:

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.geplante-moschee-in-kornwestheim-die-sorge-vor-dem-einfluss-erdogans.cef9e35d-cc0-4cfb-a0db-e6a0918ee2db.html>

<http://www.kornwestheimer-zeitung.de/inhalt.kornwestheim-minarett-cdu-befragt-ihre-mitglieder.00b7fd11-8815-4960-ab49-8c0d5e483a16.html>

<http://www.kornwestheimer-zeitung.de/inhalt.kornwestheim-ein-minarett-wie-aus-einem-maerchen.2271573b-288e-4871-9b28-73cf381c2ce2.html>

<https://www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kornwestheimer-bauplaene-plaene-fuer-moschee-mit-minarett.2c32725a-6197-4c2b-aef0-76abace1a12b.html>